

Anträge

Inhaltsverzeichnis

I - Initiativanträge

I001	"Ne bis in idem" nicht antasten	2
I002	Nach der Corona-Pandemie nicht zur Tagesordnung übergehen - Jetzt fundierte Verbesserungen für die Zukunft erarbeiten!	3
I003	Öffnungsklausel im Bundesrecht für landesrechtliche „Mietendeckel“	5

Antrag I001: "Ne bis in idem" nicht antasten

Antragsteller*in:	Folke grosse Deters (LV Nordrhein-Westfalen)		
Status:	angenommen		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme		
Sachgebiet:	I - Initiativanträge		
Abstimmung	Ja:	(82.692 %)	43
	Nein:	(15.385 %)	8
	Enthaltung:	(1.923 %)	1
	Gültige Stimmen:		52

- 1 *Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, die*
- 2 *Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Reform des § 362 StPO zu unterlassen, der*
- 3 *eine Erweiterung der Möglichkeiten vorsieht, ein Strafverfahren zu Lasten des*
- 4 *Freigesprochenen wieder aufzunehmen.*
- 5

Empfänger*in(nen):

SPD Bundestagsfraktion

Antrag I002: Nach der Corona-Pandemie nicht zur Tagesordnung übergehen - Jetzt fundierte Verbesserungen für die Zukunft erarbeiten!

Antragsteller*in:	ASJ-Bundesvorstand		
Status:	angenommen		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme		
Sachgebiet:	I - Initiativanträge		
Abstimmung	Ja:	(96.078 %)	49
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:	(3.922 %)	2
	Gültige Stimmen:		51

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im kommenden Deutschen Bundestag
- 2 baldmöglich die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Auftrag zu beantragen,
- 3 zügig Konsequenzen aus der Corona-Pandemie für die Zukunft zu erarbeiten.
- 4 Sie soll diesem Auftrag in der notwendigen thematischen Breite und unter Einbeziehung
- 5 von Wissenschaft und Praxis aus allen für dieses Thema relevanten Bereichen -
- 6 insbesondere Gesundheitswesen, Bildungsbereich, Gesetzgebung, Rechtsprechung,
- 7 Verwaltung, Gewerkschaften und dem Unternehmensbereich - nachkommen.
- 8 Vorrangiger Betrachtungsgegenstand soll die aktuelle Corona-Pandemie sein. Ebenfalls
- 9 sollen denkbare ähnliche zukünftige Situationen einbezogen werden, die großflächigen
- 10 und langanhaltenden Charakter haben und weitreichende Gefahren für Leben und/oder
- 11 Gesundheit bedeuten können, beispielsweise langanhaltende Stromausfälle, die die
- 12 Aufrechterhaltung der Versorgung in Krankenhäusern, Dialysestationen u. ä. gefährden
- 13 können.
- 14 Die Kommission soll u. a. die während der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen auf
- 15 Ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin untersuchen und aus den gewonnenen
- 16 Erkenntnissen für künftige Situationen Empfehlungen auf allen Gebieten ableiten,
- 17 insbesondere für Maßnahmen und ihre rechtstaatskonforme Umsetzung. Wo schwer lösbare
- 18 Zielkonflikte bestehen, sollen diese ausgeleuchtet und möglichst Abwägungskriterien
- 19 herausgearbeitet werden.
- 20 Die zu erarbeitenden Vorschläge sollen ausdrücklich auch ökonomische Fragestellungen
- 21 und die Fragen der Finanzierung der Gegenmaßnahmen und der Unterstützungsleistungen
- 22 umfassen.
- 23 Weiter soll geprüft werden, welche Optimierungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der
- 24 Gegenmaßnahmen im Rahmen des bestehenden Föderalismus denkbar sind.
- 25
- 26 Auftragsgegenstand soll auch sein, zu untersuchen, ob die vorhandenen staatlichen
- 27 Vorsorgeeinrichtungen ausreichend aufgestellt sind oder ob diese angepasst oder
- 28 ergänzt werden sollten (z. B. Vorratshaltung von notwendigen Ausrüstungsgegenständen

29 usw.).

30

31 Schließlich soll überprüft werden, wie die allgemeine Information und Aufklärung der
32 Bevölkerung weiter verbessert werden kann, um irreführenden und kontraproduktiven
33 Botschaften entgegenzuwirken.

34 Für die Mitarbeit bei der Ausarbeitung des Auftrags im Detail steht der ASJ-
35 Bundesvorstand gerne zur Verfügung.

36

37

38

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag I003: Öffnungsklausel im Bundesrecht für landesrechtliche „Mietendeckel“

Antragsteller*in:	Fabian Hoffmann (ASJ-Bundesvorstand)		
Status:	angenommen in geänderter Fassung		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme		
Sachgebiet:	I - Initiativanträge		
Abstimmung	Ja:	(86.538 %)	45
	Nein:	(5.769 %)	3
	Enthaltung:	(7.692 %)	4
	Gültige Stimmen:		52

- 1 Die ASJ-Bundeskonferenz möge beschließen,
- 2 der Bundesparteitag der SPD möge beschließen,

3 [Titel ändern in:]

4 **Öffnungsklausel im Bundesrecht für kommunale** 5 **„Mietendeckel“**

6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden
7 aufgefordert, auf bundesrechtlicher Ebene eine Regelung vorzusehen, die es den
8 Kommunen ermöglicht (z.B. in Form eines kommunalen Satzungsrechts), für Gebiete mit
9 angespannten Wohnungsmärkten auch für frei finanzierten Wohnraum eine Mietobergrenze
10 in Form eines verbotsgesetzlichen Mietenstops oder eines Miethöchstpreises vorzusehen
11 (kommunaler Mietendeckel). Der Vollzug entsprechender Landesgesetze soll durch
12 preisbehördliche Überwachung sichergestellt werden. Verstöße gegen kommunale
13 Mietendeckel sollen bußgeldbewehrt sein.

14

15 Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 15.4.2021 den Berliner
16 Mietendeckel für verfassungswidrig erklärt. Der Grund dafür ist, dass Regelungen zur
17 Begrenzung der Miethöhe nur vom Bund, nicht aber von den Ländern erlassen werden
18 dürfen. Nachdem die SPD schon in Berlin den Mietendeckel erfunden und als erstes in
19 die Debatte eingebracht hat, wollen wir nun auch die treibende Kraft für ein
20 Bundesgesetz sein, das Mieten stärker reguliert, deckelt und senkt.
21 Die SPD soll in der nächsten Bundesregierung eine Mietrechtsreform auf den Weg
22 bringen, mit der die Mieten in Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten
23 wirksam gedeckelt werden (Bundes-Mietendeckel). Wir wollen es den Städten und
24 Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglicht vor Ort selbst darüber zu
25 entscheiden,

- 26 - Ob sich die Miete bei der Neuvermietung an der ortsüblichen Vergleichsmiete
27 orientieren muss (Mietpreisbremse),
28 - Ob Mieterhöhungen im Bestand und bei der Neuvermietung allgemein verboten oder auf
29 die Inflationsrate beschränkt sind (Mietenmoratorium) und
30 - Ob die Mieten für alle Mitverträge auf eine bestimmte Miete gesenkt werden.
31 Ein Mietendeckel löst nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Aber er hilft
32 kurzfristig und wirkungsvoll gegen die Angst, sich die eigene Wohnung, das eigene
33 Viertel und das eigene Zuhause bald nicht mehr leisten zu können. Spekulation,
34 Profitorientierung und Zuzug haben in den vergangenen Jahren zu explodierenden
35 Mietpreisen in vielen Ballungsgebieten geführt. Dem setzen wir eine entschlossene
36 sozialdemokratische Wohnungspolitik entgegen. Für sie ist der Mietendeckel nur ein
37 Baustein, aber nicht alles: Wir wollen die Spekulation mit Boden beenden, kommunales
38 und genossenschaftliches Eigentum fördern, die neue Gemeinnützigkeit einführen und
39 jährlich 100.000 Sozialwohnung bauen.

40

Empfänger*in(nen):

Vorschlag Beschlusslage der SPD Leipzig:

(Ein Mietendeckel in der Hand der Kommunen (kommunales Satzungsrecht) würde roten Städten in konservativen Ländern (Leipzig/ Sachsen) viel mehr helfen. Kommunen haben auch einen besseren Blick auf den Wohnungsmarkt vor Ort.)

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 15.4.2021 den Berliner Mietendeckel für verfassungswidrig erklärt. Der Grund dafür ist, dass Regelungen zur Begrenzung der Miethöhe nur vom Bund, nicht aber von den Ländern erlassen werden dürfen. Nachdem die SPD schon in Berlin den Mietendeckel erfunden und als erstes in die Debatte eingebracht hat, wollen wir nun auch die treibende Kraft für ein Bundesgesetz sein, das Mieten stärker reguliert, deckelt und senkt.

Die SPD soll in der nächsten Bundesregierung eine Mietrechtsreform auf den Weg bringen, mit der die Mieten in Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten wirksam gedeckelt werden (Bundes-Mietendeckel). Wir wollen es den Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglicht vor Ort selbst darüber zu entscheiden,

- Ob sich die Miete bei der Neuvermietung an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren muss (Mietpreisbremse),

- Ob Mieterhöhungen im Bestand und bei der Neuvermietung allgemein verboten oder auf die Inflationsrate beschränkt sind (Mietenmoratorium) und

- Ob die Mieten für alle Mitverträge auf eine bestimmte Miete gesenkt werden.

Ein Mietendeckel löst nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Aber er hilft kurzfristig und wirkungsvoll gegen die Angst, sich die eigene Wohnung, das eigene Viertel und das eigene Zuhause bald nicht mehr leisten zu können. Spekulation, Profitorientierung und Zuzug haben in den vergangenen Jahren zu explodierenden Mietpreisen in vielen Ballungsgebieten geführt. Dem setzen wir eine entschlossene sozialdemokratische Wohnungspolitik entgegen. Für sie ist der Mietendeckel nur ein Baustein, aber nicht alles: Wir wollen die Spekulation mit Boden beenden,

kommunales und genossenschaftliches Eigentum fördern, die neue Gemeinnützigkeit einführen und jährlich 100.000 Sozialwohnung bauen.

Begründung:

Der Mietmarkt in den Städten ist zu einem der zentralen sozialen Fragen dieser Zeit geworden. Die SPD Sachsen fordert deshalb - auch in ihrem Wahlprogramm - bereits einen Landes-Mietendeckel. Lasst uns die Forderung nach der neuerlichen Rechtsprechung des BVerfG in einen Bundes-Mietendeckel übersetzen. In den sächsischen Koalitionsvereinbarungen findet sich derzeit das Bekenntnis zur Mietpreisbremse, d.h. die Begrenzung von Mietpreisen bei Neuvermietung von Bestandswohnungen per Verordnung. Ein Mietendeckel löst nicht alle Probleme des angespannten Wohnungsmarktes, aber er geht über die Mietpreisbremse hinaus. Mittels Mietenstopp (Mietpreisbremse), Mietobergrenzen für Wohnungskategorien sowie Mietpreisabsenkungen (Kappungen von überhöhten Mieten in Bestandsvermietungen) und einer Begrenzung der Modernisierungsumlage auf die Mieter können viele Problemlagen bundesweit angepackt werden. Auch wenn der Mietendeckel keine All-in-one-Lösung darstellt, ist er der richtige Schritt auf einem längeren Weg. Diesen zeigen auch die weiteren Anträge auf diesem Stadtparteitag zum Thema Schutz vor Zweckentfremdung von Wohnraum und mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. "Bauen, bauen, bauen" allein löst unsere Probleme nicht. Gerade in Leipzig sehen wir, dass Neubauten für breite Bevölkerungsschichten unbezahlbar sind. Nur mit einer starken SPD in der Regierung können wir das Problem steigender Mieten umfassend lösen: wir beenden die Spekulation mit Boden, fördern kommunalen und genossenschaftlichen Eigentum, führen die neue Gemeinnützigkeit ein und bauen jährlich 100.000 Sozialwohnung. Im bisherigen Entwurf zum SPD Regierungsprogramm ist das sog. "Mietmoratorium" enthalten. Mieterhöhungen sollen damit in angespannten Wohnungsmärkten für einige Jahre unterbunden oder auf das Inflationsniveau beschränkt werden. Der hier vorliegende Vorschlag gibt den Kommunen darüber hinausgehende Befugnisse in die Hand, speziell für Städte in denen ein Moratorium nicht mehr reicht.

Kein Argument gegen einen Bundes-Mietendeckel ist, dass (speziell im ländlichen Raum) nicht überall in Deutschland ein angespannter Mietmarkt vorherrscht. Wie es auch für einen sächsischen Landes-Mietendeckel erforderlich gewesen wäre, ist es möglich, anhand von gestuften Indikatoren zu differenzieren, wo und wie der Mietendeckel greifen soll. Mögliche regionale Indikatoren können z.B. sein, wie das örtliche Verhältnis von Einkommen und Kosten für Miete sind, wie die durchschnittliche Mietpreisentwicklung der letzten Jahre verlief oder wie groß der aktive Leerstand ist. Letztlich soll es in der Hand der Kommune sein, den lokalen Gegebenheiten entsprechend zu reagieren. Ein kommunales Satzungsrecht versetzt sie in diese Lage.

Eine genauere Konzeption des hier geforderten Bundes-Mietendeckels kann noch im weiteren Verfahren erfolgen. Wichtig ist, dass sich die Bundes-SPD frühzeitig pro Bundes-Mietendeckel positioniert und so aufzeigt, dass sie sich der sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft annimmt und aufzeigt, was alles ohne die CDU möglich wäre.